Zeitschrift: Der klare Blick : Kampfblatt für Freiheit, Gerechtigkeit und ein starkes Europa

Herausgeber: Schweizerisches Ost-Institut

Band: 9 (1968)

Heft: 14

Artikel: Sozialdemokraten unter KP-Regimes (2) : die Linie seit Stalins Tod

Autor: Revesz, Laszlo

DOI: https://doi.org/10.5169/seals-1076558

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 11.09.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Sozialdemokraten unter KP-Regimes (2)

Die Linie seit Stalins Tod

Von Laszlo Revesz

Die vorliegende Untersuchung, deren erster Teil in KB, Nr. 13, erschienen ist, gilt einem doppelten «Jubiläum»: Vor 50 Jahren in Russland und vor 20 Jahren in Osteuropa wurde die Sozialdemokratie liquidiert. In der späteren Entwicklung, welche die Gegenwart einbeschliesst, befürwortet die KP in den kapitalistischen Ländern das Bündnis mit den Sozialdemokraten. Entspricht diese Linie einer neuen Einstellung? Sie müsste zur Voraussetzung haben, dass man in den kommunistischen Ländern die seinerzeitige Liquidierung der Sozialisten grundsätzlich für falsch erklärt und eine politische Rehabilitierung der Sozialdemokratie im sozialistischen Lager selbst vornimmt. Und das ist nirgends der Fall, nicht einmal in der Tschechoslowakei, wo die bestehende Pressefreiheit immerhin zur Forderung geführt hat, die SDP wieder zuzulassen. Indessen ist das Begehren abgelehnt worden.

Nach Stalins Tod (5. März 1953) wurde die kommunistische Politik gegenüber den Sozialdemokraten erneut überprüft. Die Moskauer internationalen Parteikonferenzen 1957 und 1960 erhoben die Koalitionspolitik mit den Sozialdemokraten *in den bürgerlichen Staaten (!)* erneut zur offiziellen Parteipolitik. Die Erklärung der Moskauer Konferenz der 81 Kommunistischen Parteien vom November 1960 setzte sich für einen Dialog mit den Sozialdemokraten ein: Die Kommunisten «sind bereit, eine Diskussion mit den Sozialdemokraten zu führen, denn sie sind überzeugt, dass dies der beste Weg zur Konfrontierung der Anschauungen und Ideen sowie der Erfahrungen ist, um die tiefverwurzelten Vorurteile zu beheben, die Spaltung der Werktätigen zu bekämpfen und die Zusammenarbeit herzustellen» («Prawda», 4. Februar 1965, Seite 3).

Um die neue Linie vor den Massen der Kommunisten zu rechtfertigen und das Gesicht nicht zu verlieren, wiesen die Kommunisten auf die grossen Aenderungen hin, welche im Rahmen der sozialdemokratischen Bewegung angeblich eintraten (ebenda). Die Prager internationale kommunistische Konferenz Ende 1966 ging noch weiter: Viele Konferenzteilnehmer betonten die Notwendigkeit einer Abänderung der kommunistischen Parteiprogramme, wo die Sozialdemokraten immer noch als Faschisten, Kollaborateure des Imperialismus usw. bezeichnet waren. Einige Parteien korrigierten schon ihre Programme und erhoben die Zusammenarbeit mit den Sozialdemokraten in den Rang ihrer offiziellen Politik. Mehrere westliche KP (Frankreich, Italien, Belgien, USA usw.) gründeten sogar wissenschaftliche Forschungsinstitute zur Prüfung der Probleme der Arbeiterbewegung, um die neue Politik wissenschaftlich zu untermauern («Kommunist», Nr. 18/1966, Seite 3 bis 18: Zagladin, Tschenjaew). In der Französischen KP wurde der neue Kurs vom 14. Parteikongress 1959 vorbereitet, indem dieser ein *langfristiges* Bündnis mit den Sozialisten und mit allen *demokratischen* (demokratisch natürlich im marxistisch-leninistischen Sinn!) Parteien befürwortete. Die nächsten Parteikongresse folgten dieser Linie und verkündeten die Notwendigkeit der Zusammenarbeit im Interesse der Machtergreifung und des sozialistischen Aufbaues («Die Studie» von Waldeck-Rochet in: «Woprosy Istorii KPSS», Nr. 8/1967, Seite 16—29).

Zusammenarbeit . . .

Das Organ des ZK der KPdSU, «Kommunist», veröffentlichte in seiner Mainummer 1964 (Nr. 7/1964, S. 107—118) einen programmatischen Artikel über die verschiedenen Aspekte der Zusammenarbeit mit den Sozialdemokraten. Das Programm der KPdSU (Teil 1, Kapitel VIII) befürwortet sogar eine Aktionseinheit mit allen regimefeindlichen, kleinbürgerlichen und pazifistischen Elementen unter kommunistischer Führung. «Die Einheit der Arbeiterklasse ist ein grundlegendes Problem der sozialistischen Revolution in den entwickelten kapitalistischen Ländern», betonte das erwähnte Parteiorgan und erklärte, diesmal handle es sich nicht um einen kurzfristigen taktischen Schachzug.

Als Voraussetzung der Zusammenarbeit wurde jedoch die Spaltung der Sozialdemokratie genannt — wie in den osteuropäischen Staaten vor 1948: Die «reaktionäre» Parteiführung der Sozialdemokraten müsse entfernt werden, da diese den staatlichen Monopolkapitalismus unterstütze. «Kommunist» brachte zwei wichtige Argumente für die kommunistische Führung in der einheitlichen internationalen Arbeiterbewegung: 1. Die Sozialdemokraten seien schwach und könnten ohne kommunistische Hilfe nichts erreichen. 2. Die Meinungsverschiedenheiten in bezug auf die Interpretierung der Begriffe Demokratie, Freiheit, Revolution, Uebergang zum Sozialismus, Mehrparteiensystem, Diktatur des Proletariates, proletarischer Internationalismus seien nur «akademische Streitfragen», welche überbrückt werden könnten und müssten.

. . . unter Wahrung des Klassenkampfes

Allerdings betonen die Kommunisten jedesmal, dass sie auf ihre eigene Revolutionstheorie (also friedliche Revolution oder Bürgerkrieg und nachher Diktatur des Proletariates unter kommunistischer Führung) keinesfalls verzichten können («Probleme des Friedens und Sozialismus», Nr. 4/1964, 288, Glückauf). Die erwähnte Prager internationale kommunistische Konferenz betonte ausdrücklich, dass sogar die bescheidenste Zusammenarbeit mit den Sozialdemokraten nicht dem Verzicht auf die kommunistischen ideologischen Thesen gleichkommen dürfe. Die sozialdemokratische Politik des Klassenfriedens stärke nur den Kapitalismus («Kommunist», Nr. 18/1966, S. 8—18), und der diese Anschauung vertretende rechte Flügel der Sozialdemokratie wird weiterhin des Verrates am Sozialismus und an der Arbeiterklasse beschuldigt («Prawda», 15. 5. 1965, S. 3). Diese Stellungnahme weicht von der kommunistischen Politik in Osteuropa nach dem Zweiten Weltkrieg nicht im geringsten ab: Einzige Möglichkeit zur «Ueberbrückung» der «akademischen Streitfragen» sei, dass die Sozialdemokraten den Marxismus-Leninismus sowjetischer Prägung restlos akzeptieren, da die Kommunisten auf diesen niemals verzichten könnten.

In einem vom Institut für die internationale Arbeiterbewegung in Moskau veröffentlichten Artikel heisst es u. a.: «Die gesetzmässige Ausdehnung der sozialen Basis der Weltrevolution, der antiimperialistischen Bewegung bedeutet nicht, dass sich die Arbeiterklasse ‚aufweicht' . . .» Die von den führenden Kreisen der Sozialdemokratie vertretene These des friedlichen Hinüberwachsens des Kapitalismus in den Sozialismus stelle eine gefährliche Form des ideologischen Angriffes des Bürgertums auf die Arbeiterklasse dar. Die sozialdemokratische These, wonach die Klassenkampftheorie auf die Bedingungen des modernen Kapitalismus nicht anwendbar sei, wird als eine «Lüge» abgelehnt. Eine Versöhnung mit dem Bürgertum sei ausgeschlossen. Was erlaubt sei, sei lediglich eine neue Taktik des Kampfes gegen das Bürgertum («Kommunist», Nr. 14/1966, S. 87—104).

Dort, wo es den Kommunisten gelungen ist, eine engere Zusammenarbeit, sogar eine Aktionseinheit mit den Sozialdemokraten zu erzielen, sind sie sofort bemüht, sich gegen den rechten sozialdemokratischen Flügel zu wenden und innerhalb der Sozialdemokratischen Partei eine Spaltung auszulösen. Besonders kann man dies in Finnland beobachten, wo die Kommunisten auch aus der geographischen Lage (sowjetische Nachbarschaft, lange und freie Grenzlinie) profitieren wollen. Die KPF möchte den rechten sozialdemokratischen Flügel isolieren, ihn auch im Gewerkschaftsbund in den Hintergrund drängen, und zwar unter Berufung auf die Hinderung der Aktionseinheit (vgl.: «Partijnaja Schisni», Moskau, Nr. 19/1967, S. 73—76, Artikel des Präsidenten der KP Finnlands, Aarne Saarinen). Eine Taktik, die in Osteuropa mit sowjetischer Unterstützung erfolgreich angewandt wurde.

Der Fall der CSSR

Die Kommunisten verlangen von den Sozialdemokraten Konzessionen, ohne selber bereit zu sein, Entgegenkommen zu zeigen. Die Gesetzwidrigkeit des Vorgehens gegen die Sozialdemokraten in den Jahren 1947/48 wird heute zum Teil schon anerkannt, aber trotzdem denkt keine kommunistische Führung daran, die Konsequenzen zu ziehen und den Sozialdemokraten die Neugründung der Partei zu erlauben. Sogar in der Tschechoslowakei nicht. Die Zeitung «Svobodne Slovo» (Prag) teilte am 7. Juni 1968 mit, dass ein sog. Vorbereitungskomitee der 1948 aufgelösten Sozialdemokratischen Partei errichtet worden sei. In diesem Zusammenhang erliess das Sekretariat des KZ der KPTsch ein Communiqué, in welchem es u. a. heisst, jeglicher Schritt zur Spaltung der marxistischen Partei und der Einheit der Arbeiterklasse würde die Tschechoslowakei schwächen. Die Herstellung des bis zur kommunistischen Machtüber-

nahme herrschenden Systems der Koalitionsparteien, die Gründung von Parteien ausserhalb der Nationalen Front, werde von der KPTsch missbilligt. Eine solche politische Partei, welche die Fortsetzung der politischen Struktur der Periode des Klassenkampfes darstellen und die Rolle der rechtsorientierten politischen Kräfte bis 1948 übernehmen würde, könnte dazu beitragen, dass die antisozialistischen Kräfte sich auf der Grundlage einer *illegalen Plattform* (!!) zusammenschliessen könnten. Dies müsse mit allen zur Verfügung stehenden politischen Mitteln verhindert werden. Zugleich teilte das Sekretariat des KZ der KPTsch mit, schon im April seien Massnahmen getroffen worden, um die gegenüber den sozialdemokratischen Führern in der Vergangenheit begangenen «Fehler» gutzumachen («Uj szo», Pressburg, 8. 5. 1968, S. 2).

Das Ende Mai und Anfang 1968 abgehaltene Plenum des ZK der KPTsch nahm zu diesem Problem ebenfalls Stellung:

«Das ZK der KPTsch hält die sporadisch auftauchenden Anschauungen, wonach die Partei sich auf einem andern Weg, nicht an einem Parteikongress (von der unbewältigten Vergangenheit - LR) abgrenzen müsse, für schädlich und unrichtig. Es handelt sich dabei (auch) um ...Ansichten, welche im Grunde genommen die Spaltung der Parteieinheit und die Errichtung einer anderen marxistischen Arbeiterpartei befürworten. Das ZK der KPTsch hält den politischen Charakter dieser Bestrebungen letzten Endes für direkt antikommunistisch ... Die KPTsch ist die einzige politische Kraft des Landes, welche über ein wissenschaftlich begründetes Programm verfügt» («Uj szo», 2.6. 1968, S. 1—4).

Noch früher, vor dem ZK-Plenum, hielt das Präsidium des ZK eine Sitzung ab (am 21./22. Mai), wo der Referent eindeutig erklärte: «Wir verurteilen besonders jene Versuche, welche eine kleine Gruppe zur Belebung der Tätigkeit der Tschechoslowakischen Sozialdemokratischen Partei unternimmt. Zielsetzung einer solchen Bestrebung ist, die politische Einheit der Arbeiterklasse aufzuheben und auf diese Weise zu den Verhältnissen zurückzukehren, die vor Februar 1948 bestanden» («Uj szo», 24. 5. 1968, S. 1—2).

Die Idee einer zweiten Partei rief in der UdSSR noch grösseren Schreck und Protest hervor. «Die Schwächung der Führungsrolle (nämlich der Kommunisten) ... wäre eine Konzession auf Kosten der Klassenpositionen des Sozialismus. Sie würde bedeuten, dass die Partei zum bürgerlichen Liberalismus abrutscht... Einige Befürworter der demokratischen Entwicklung lancieren die These, es sollte eine oppositionelle Partei funktionieren, mit den gleichen Rechten wie die KP. Der Zweck ist klar: die Einheit zu erschüttern, Zweifel zu säen, die Hände der antisozialistischen, volksfeindlichen Elemente für einen Angriff auf den Sozialismus freizumachen» («Iswestija», 11. 5. 1968, S. 2—3, Stepanow).

Professor S. Kowalew, Doktor der philosophischen Wissenschaften, einer der führenden Vertreter der Parteiphilosophie, entdeckte hinter solchen Bestrebungen einen «Zusammenschluss der antisozialistischen Nachrichtenagenturen, der Klerikalen, des internationalen Zionismus und der rechtsorientierten Sozialdemokratie» und erklärte: «Die sozialistische Demokratie, die Demokratie der freien und organisierten Werktätigen, ist ohne die Leitung der KP in der Gesellschaft unvorstellbar. Wer gegen die Führungsrolle der KP in der sozialistischen Gesellschaft auftritt, der greift die Grundpfeiler dieser Gesellschaft ... an» («Prawda», 25. 4. 1968, Seite 2—3). Auch ein anderer Parteiideologe und Philosoph, L. Onikow, sieht in der Errichtung einer zweiten Partei die Gefährdung der Errungenschaften des Sozialismus und beharrt auf der ungeteilten und kompromisslosen Führungsrolle der KP («Prawda», 19. 5. 1968, S. 2—3).

Die neuen Ereignisse in Westeuropa, die Welle der Revolte, welche beinahe an jene von 1848 erinnern, werden auch von den Kommunisten mit gemischten Gefühlen betrachtet. Sie möchten die Ereignisse unter ihre Kontrolle bringen und später für die Zwecke der «sozialistischen Revolution» missbrauchen. Ihre Verbündeten scheinen jedoch vielmehr die linken Intellektuellen zu sein, welche sich aber der kommunistischen Führung nicht immer unterordnen wollen. Eine offizielle Parteilinie wurde noch nicht beschlossen. Deshalb scheint die kommunistische Linie heute noch nicht konsequent genug zu sein. Es ist von weltweiter Bedeutung, wie die westliche Sozialdemokratie zur neuen politischen Wirklichkeit Stellung nimmt. ■

Das ist typisch für diesen bei uns eingetroffenen Vertreter der verjüngten Herrenmode:

Die redingoteartige Taillierung, die hoch und eng zueinander gestellten Knöpfe und das Fehlen der Pochette-Tasche. Und es ist kein Zufall, dass ROYAN (so heisst dieser Anzug) eines der vielen neuen RITEX-Modelle ist. Modisch war RITEX schon immer auf Draht.

Bezugsquellennachweis durch RITEX AG Qualitätsbekleidung 4800 Zofingen

... und für den Abend etwas Feines mit Roth-Käse: Herren-Snack

Pouletresten von den Knochen lösen, auf bebutterte Weiss- oder Modelbrotscheiben reichlich schichten, würzen nach Geschmack, zum Beispiel mit Rosmarin. Jede Schnitte mit je einer dicken Scheibe Roth-Käse belegen, mit Paprika bestreuen. Im heissen Ofen oder Grill überbacken, bis der Käse schmilzt.

Roth-Käse für den Käsekenner.

Roth-Käse AG, Uster